

Winfried Schwabe

Lernen mit Fällen

Ach**So!**

Staatsrecht I

Staatsorganisationsrecht

Materielles Recht & Klausurenlehre

10. Auflage

 BOORBERG

Musterlösungen im
Gutachtenstil

Winfried Schwabe

Lernen mit Fällen

Staatsrecht I

Staatsorganisationsrecht

Materielles Recht
& Klausurenlehre

10., überarbeitete Auflage, 2024

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek | Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über www.dnb.de abrufbar.

10. Auflage, 2024

ISBN 978-3-415-07621-1

© 2012 Richard Boorberg Verlag

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlages. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH, Am Fliegerhorst 8,
99947 Bad Langensalza

Richard Boorberg Verlag GmbH & Co KG | Scharrstraße 2 | 70563 Stuttgart
Stuttgart | München | Hannover | Berlin | Weimar | Dresden
www.boorberg.de

Inhaltsverzeichnis

1. Abschnitt

Grundbegriffe der Staatsrechtslehre:

Republik, Monarchie, parlamentarische Demokratie

Fall 1: Die Königin von Deutschland **14**

Die Grundlagen des allgemeinen Staatsrechts; die Staatsstrukturprinzipien: Republik; Monarchie; Demokratie; die »Ewigkeitsgarantie« aus Art. 79 Abs. 3 GG; das Homogenitätsprinzip aus Art. 28 Abs. 1 Satz 1 GG.

Fall 2: Tiernahrung und die Bundeswehr **26**

Das Demokratieprinzip; die repräsentative (parlamentarische) Demokratie; das Zustandekommen von Gesetzen; Bundestag und Bundesrat; Mitbestimmung durch das Volk; Volksabstimmungen.

Fall 3: Ich find' mich gut! **34**

Das Demokratieprinzip aus Art. 20 GG; die Periodizität der Wahlen; die Herrschaft auf Zeit; die Herrschaft der Mehrheit, der Schutz der parlamentarischen Minderheit; Art. 39 Abs. 1 Satz 1 GG; Art. 69 Abs. 2 GG, die Beendigung des Amtes des Bundeskanzlers; die Verfassungsänderung nach Art. 79 GG; die Ewigkeitsgarantie aus Art. 79 Abs. 3 GG.

2. Abschnitt

Wahlrecht und Wahlsystem in der Demokratie

Fall 4: Die Computer-Wahl **48**

Die Wahlrechtsgrundsätze aus Art. 38 Abs. 1 Satz 1 GG.

Fall 5: Im Namen des Herrn! 65

Das Demokratieprinzip; die kommunale Selbstverwaltung gemäß Art. 28 Abs. 2 GG; die Wahlrechtsgrundsätze nach Art. 38 Abs. 1 Satz 1 GG und Art. 28 Abs. 1 Satz 2 GG; Probleme der unzulässigen Wahlbeeinflussung; die Meinungsfreiheit aus Art. 5 GG; die Stellung der Kirche in unserem Staat; die Weimarer Reichsverfassung von 1919 als Bestandteil des GG.

Fall 6: Die Juristinnen fürs Weltklima 76

Das Wahlsystem in Deutschland; das Demokratieprinzip aus Art. 20 GG; der Grundsatz der Gleichheit der Wahl aus Art. 38 Abs. 1 GG; das Wahlsystem des Bundeswahlgesetzes (BWahlG); die sogenannte »personalisierte Verhältniswahl« gemäß § 1 BWahlG; die Bedeutung von Erst- und Zweitstimme; die Fünf-Prozent-Sperrklausel des § 4 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 BWahlG; der Zähl- und der Erfolgswert einer Stimme; die Mehrheits- und Verhältniswahl; BVerfG vom 30.07.2024 – 2 BvF 1/23.

3. Abschnitt**Rechtsstaatsprinzip / Gewaltenteilung****Fall 7: Kleider machen Lehrerinnen?** 102

Das Rechtsstaatsprinzip des Grundgesetzes; die Gewaltenteilung aus Art. 20 GG als Staatsprinzip; die Gesetzmäßigkeit staatlichen Handelns; der Vorbehalt des Gesetzes; der Parlamentsvorbehalt; die Wesentlichkeitstheorie.

Fall 8: Ich mach' mein Ding! 118

Bindung an Recht und Gesetz; das Rechtsstaatsprinzip aus Art. 20 Abs. 3 GG; die Gewaltenteilung; das Demokratieprinzip; der Umfang der richterlichen Unabhängigkeit aus Art. 97 Abs. 1 GG; die rechtsstaatliche Normenhierarchie; Gesetze im formellen Sinne (das sogenannte »Parlamentsgesetz«); Rechtsverordnungen und Satzungen als untergesetzliche Rechtsnormen; die Verfassungswidrigkeit von Gesetzen; die Richtervorlage nach Art. 100 Abs. 1 GG.

Fall 9: Zurück in die Zukunft 133

Die Rückwirkung von Gesetzen; »echte« und »unechte« Rückwirkung; das Gebot der Rechtssicherheit; der Grundsatz des Vertrauensschutzes; das Rückwirkungsverbot aus Art. 103 Abs. 2 GG.

4. Abschnitt

Die Bundesregierung (Kanzler und Minister) und der Bundespräsident

Fall 10: Überraschung! 148

Die Wahl des Bundeskanzlers; die Beteiligung des Bundespräsidenten; das Vorschlagsrecht des Bundespräsidenten aus Art. 63 Abs. 1 GG; die verschiedenen Wahlgänge bei der Kanzlerwahl nach Art. 63 Abs. 3 und Abs. 4 GG; die Bundesregierung; Stellung und Funktion des Bundeskanzlers.

Fall 11: Vertrauen ist gut – Neuwahlen sind besser! 166

Die Vertrauensfrage nach Art. 68 GG; verfassungsrechtliche Stellung des Bundeskanzlers gemäß den Art. 63, 64 und 65 GG; verschiedene Formen der Auflösung des Bundestages; Abgrenzung von einer echten und einer unechten Vertrauensfrage im Bundestag; die Verfassungsmäßigkeit der unechten Vertrauensfrage nach Art. 68 GG.

Fall 12: Der Luftschlag von Kunduz 181

Die verfassungsrechtliche Stellung des Bundeskanzlers und der Bundesminister; die »Richtlinienkompetenz« des Bundeskanzlers gemäß Art. 65 Satz 1 GG; das »Ressortprinzip« der Bundesminister nach Art. 65 Satz 2 GG; die Ernennung und Entlassung eines Bundesministers gemäß Art. 64 GG; die parlamentarische Kontrolle der Regierung; das »konstruktive Misstrauensvotum« gemäß Art. 67 GG; Missbilligungserklärungen durch den Bundestag.

5. Abschnitt

Das Gesetzgebungsverfahren

Fall 13: Wer den Müller beleidigt, ... 200

Das Gesetzgebungsverfahren nach den Art. 76–82 GG; die Gesetzgebungskompetenzen von Bund und Ländern; die Grundregeln der Art. 30, 70 GG; die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz, Art. 71, 73 Abs. 1 GG; die konkurrierende Gesetzgebung, Art. 72, 74 GG; die Verfassungsmäßigkeit des § 76 der Geschäftsordnung des Bundestages; Quotenregelung beim Einbringen von Gesetzen.

Fall 14: Berlin-Mitte, den 22. März 2002 224

Das Zustandekommen eines Gesetzes; die Abstimmung im Bundesrat; Probleme der »einheitlichen« Stimmabgabe gemäß Art. 51 Abs. 3 Satz 2 GG; die verfassungsrechtliche Stellung des Bundesrates; das Verfahren bei Zustimmungsgesetzen; die konkurrierende Gesetzgebung.

Fall 15: Wer den Papst beleidigt, ... 245

Das Prüfungsrecht des Bundespräsidenten.

6. Abschnitt**Der Deutsche Bundestag:****Parteien, Fraktionen, Abgeordnete und die Ausschüsse****Fall 16: Schwarze Schafe bei den GRÜNEN** 270

Die Stellung der Parteien im Grundgesetz gemäß Art. 21 GG; das freie Mandat der Abgeordneten aus Art. 38 Abs. 1 Satz 2 GG; das Spannungsverhältnis zwischen der sogenannten »Parteiendemokratie« und dem Grundsatz des freien Mandats; der Verstoß gegen politische Grundsätze oder die Ordnung der Partei gemäß § 10 Abs. 4 PartG; die Gründe für den Verlust eines Bundestagsmandats.

Fall 17: Mittendrin – aber nicht dabei! 289

Der »fraktionslose Abgeordnete«; die Stellung des Abgeordneten gemäß Art. 38 Abs. 1 Satz 2 GG im Deutschen Bundestag und in den Ausschüssen des Deutschen Bundestages; Parteiaustritt und Fraktionszugehörigkeit; die Ausschüsse im Bundestag; die Leitentscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Abgeordnetenstatus aus BVerfGE 80, 188 = NJW 1990, 373.

Fall 18: Herr Pofalla und die Immunschwäche 314

Die Immunität und die Indemnität der Abgeordneten gemäß Art. 46 GG; das Immunitätsverfahren; die »Vorabgenehmigung« des Bundestages; die Aufgaben des Immunitätsausschusses; das *Pofalla*-Urteil: BVerfGE 104, 310 = NJW 2002, 1111.

7. Abschnitt

Die wichtigsten Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht

| | |
|---|------------|
| Einleitung | 340 |
| Das Organstreitverfahren | 343 |
| Die abstrakte Normenkontrolle | 354 |
| Die konkrete Normenkontrolle (»Richtervorlage«) | 360 |
| Der Bund-Länder-Streit | 365 |
| | |
| Sachverzeichnis | 368 |